NDB-Artikel

Krausnick, Heinrich Wilhelm Oberbürgermeister von Berlin, * 13.3.1797 Potsdam, † 14.12.1882 Berlin. (evangelisch)

Genealogie

V Gottlob Friedrich Ferdinand (1753–1813), Schneidermeister in P., S d. Christian in Nauen u. d. Anna Regina Zech;

M Christine Charlotte (1754–1830), T d. Joh. Georg Bluthorst, Sergeant im 1. Leibgarde-Btl. in Potsdam, u. d. Margarethe Elisabeth Taubenhoth;

B →Gottlob (1777–1839), Schauspielunternehmer;

- ♂ Potsdam 1822 Luise (1797–1851), T d. Joh. Georg Sauer aus Wasungen, Schuhmachermeister u. Schuhwarenhändler, u. d. Christiane Louise Schleienstein;

2 S (1 früh †), 3 T (1 früh †);

E →Arnold Budczies (1866–1943), Geh. Oberfinanzrat, Mitgl. d. Reichsbankdirektoriums.

Leben

K., gefördert durch ein Mitglied des königlichen Hauses, nahm als Freiwilliger Jäger 1815 am Frankreichfeldzug teil und studierte seit 1816 in Berlin Jura. Nach den staatlichen Prüfungen wurde er 1822 zum Stadtjustizrat in Berlin ernannt; 1826 avancierte er zum Oberlandesgerichtsrat in Breslau, hier zusätzlich damit beauftragt, an der Revision des Allgemeinen Landrechts, insbesondere des Handels- und Wechselrechts, teilzunehmen. 1832 Geheime(r) Justizrat und vortragender Rat im Justizministerium, wurde er mit der Überprüfung der Gesetzgebung und Justizverwaltung der Rheinprovinz betraut. 1834 wählten die Stadtverordneten K. zum Oberbürgermeister Berlins. K. bekleidete seinen Posten 14 Jahre lang bis 1848. Aber am 19./20. März fegte ihn der Sturm der Volkserhebung überraschend schnell hinweg. Am 20. März opferte das Magistratskollegium seinen ersten Mann demonstrativ der Revolution, nachdem tags zuvor ein Volkshaufen K. auf der Straße tötlich bedroht und seinen Rücktritt gefordert hatte. Noch 1846 war K.s zweite Wiederwahl fast einstimmig erfolgt; als aber 1847 die politischen Parteibestrebungen auch in die städtischen Gremien eindringen, entstand bei den der fortschrittlichen Richtung angehörenden Stadtverordneten eine immer stärker werdende Abneigung gegen den regierungstreuen Oberbürgermeister, die in den emotionsgeladenen Märztagen auf das Volk in der Straße übergriff. Schon 1846 hatten sich Bürger zu einer Petition um Gewährung von

Reichsständen vereinigt und sie dem Stadtoberhaupt vorgelegt. K. begegnete den Überbringern mit einer Rede über den besten Staat, in dem man lebe und über die gegenwärtigen Zustände, die nichts zu wünschen übrigließen. In diesem Sinne pflegte er sich auch höheren und höchsten Orts zu äußern und überall die vollständige Sympathie der Bürgerschaft mit dem Gange der Regierungspolitik zu versichern. Eine Magistratsadresse an den König mit der Darlegung der Wünsche des Volkes bekämpfte K. hartnäckig; einer ähnlichen der Stadtverordneten trat er erst bei, als die Staatsregierung auf Grund der Bewegungen in den Provinzen sich zu einer Änderung ihres Kurses hinzuneigen begann. Auch der König, der immer viel auf die Wünsche der Berliner Bürgerschaft gegeben hatte, soll in einer Audienz Ende März 1848 K. gerügt haben, weil er ihm die Wahrheit vorenthalten habe. Anfang Juli 1848 schied K. formell aus dem Amte, erhielt eine Pension und eine Stellung als Geheimer(r) Oberregierungsrat im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Nach Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung wählten 1850 Berlins Stadtväter K. gegen den Favoriten der Staatsregierung, Landrat von Selchow, erneut zum Oberbürgermeister. Sein allgemein anerkannter ehrenhafter Charakter, sein Wissen und sein Fleiß, seine Routine in der Amtsführung wogen als Vorteile für die Stadtverwaltung schwerer als die Erinnerung an Vergangenes. Auf 12 Jahre gewählt, stand K. bis 1862 dem Magistrat vor. Unter seiner Leitung wurden zunächst der Ausgleich der Finanzinteressen des Staates und der Stadt erarbeitet, das Rechnungswesen geordnet, der Normalbesoldungsetat für Beamte und Lehrer aufgestellt, die Sterbe- und Witwenkasse der Beamten eingeführt, das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen verbessert, die erste Gasanstalt erbaut, Schulen, Kirchen, Hospitäler und ein neues Waisenhaus errichtet. Große Gebiete im Norden der Stadt (Wedding, Gesundbrunnen, Moabit) sowie Teile Schönebergs und Tempelhofs wurden eingemeindet (1861). Die Stadt wuchs in K.s Amtszeit um 300 000 Einwohner; ihre Einnahmen stiegen von 800 000 auf drei Millionen Reichstaler.]

Auszeichnungen

Dr. iur. h. c. (Berlin).

Literatur

E. Kaeber, Die Ob.bgm. Berlins seit d. Steinschen Städteordnung, in: Jb. 1952 d. Ver. f. d. Gesch. Berlins, S. 65-74.

Portraits

Gem., Abb. in: Berliner Bll., Nr. 1, 1961.

Autor

Gerhard Kutzsch

Empfohlene Zitierweise

, „Krausnick, Heinrich Wilhelm“, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1979), S. 710-711 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften